

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Jannus-Post.

Bezugspreis: Monatsabonnement RM 1,75 einschl. Trägerlohn, Wochen-
tarife 4. J. — Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche Redaktion,
Druck und Verlag Kurt Ebbke, Bad Homburg v. d. H.

Anzeigenpreise: Die 6 gespalt. 43 mm breite Nonpareilzeile
15 J., auswärts 20 J., im Blattenteil 92 mm breit: 50 J.
Einzelnnummer 15 J.

Homburger Lokalblatt.

Telefon 707.

Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstraße 26.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 46

Donnerstag, den 24. Februar 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist zur Teilnahme an der Sitzung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes nach Rom abgereist.

— Der ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Killy hat an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der Haltung der Aufwerlungspartei, die den im sächsischen Landtag und in der sächsischen Regierung ohnehin schon zahlreich bestehenden Schwierigkeiten nur neue hinzufügen würde, ihn aus Rücksicht politischer Selbstachtung bittet, von seiner Ernennung zum Minister des Innern absehen zu wollen.

— Wie amtlich mitgeteilt wird, ist eine erneute Besprechung der Arbeitszeitsfrage im Kabinett nicht beabsichtigt. Die Vorlage ist vom Kabinett bereits endgültig verabschiedet.

— In den Blättermeldungen über eine Subventionierung der USA aus Reichsmitteln erfahren die Blätter, daß Verhandlungen stattgefunden haben über eine Unterstützung der gesamten Filmindustrie zur Hebung des Exports. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

— Die „Havas“ aus San Remo berichtet, soll sich der ehemalige englische Vizekonsul in Berlin, Lord d'Abernon, 24 Stunden in dem Hotel aufgehalten haben, in dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann abgeblieben ist.

— In einer Vorstadt von Paris ist ein italienischer Kommunist namens Monti ermordet worden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um ein politisches oder gewöhnliches Verbrechen handelt.

— Wie das „Journal“ aus Madrid berichtet, wird der König von Rumänien demnächst in Spanien eintreffen und in einer Ortschaft in der Provinz Cadix Aufenthalt nehmen.

Frankreich soll zahlen!

Die englische Regierung drängt neuerdings immer entschiedener darauf, daß Frankreich endlich mit der Rückzahlung seiner Kriegsschulden beginnen soll. Daraufhin hat sich nunmehr der Finanzausschuß der französischen Kammer mit dem Schreiben des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol bezüglich der provisorischen Ausführung der interalliierten Schuldenregelungsabkommen und mit der schriftlichen Antwort Poincarés auf diese Anfrage beschäftigt.

In seinem Antwortschreiben vertritt Poincaré die Ansicht, daß die übernommene Verpflichtung, im Budgetjahr 1927/28 eine Summe von 6 Millionen Pfund Sterling an England zu zahlen, einen rein provisorischen Charakter trage, und übernommen worden sei auf Drängen des englischen Schatzkanzlers. Die Festsetzung der Höhe der Zahlung selbst präjudiziere in keiner Weise die Ratifizierung des französisch-englischen Schuldenabkommens und beeinträchtige in keiner Weise die Rechte des Parlaments.

Was die von Vincent Auriol aufgeworfene Frage anbetreffe, daß das Parlament immerhin auch über die Abschlagszahlung in Höhe von 6 Millionen Pfund hätte befragen werden müssen, so führt Poincaré Präzedenzfälle an, namentlich bei Rückzahlungen von Vorschüssen an Uruguay und Holland, bei denen auch eine ausdrückliche Befragung des Parlaments unterblieben sei. Dem Parlament stünde übrigens frei, die von der Regierung getroffene Entscheidung, wenn es sie für inopportun halte, zu desavouieren, denn die Regierung sei sich bewußt, die Zukunft vorzubehalten und dem Parlament Zeit verschafft zu haben, in vollkommener Ruhe und Freiheit die Ratifizierung internationaler Abkommen zu studieren. Durch die Maßnahme provisorischer Zahlungen habe man Eventualitäten vermieden, daß etwa ein Druck von Seiten des Auslandes auf Frankreich in dieser Frage ausgeübt werden könnte.

Nach der Verlesung dieses Schreibens entwickelte sich im Auschuß eine kurze Diskussion. Doch wurde beschlossen, bevor irgend eine Resolution gefaßt würde, die Regierung aufzufordern, dem Auschuß den zwischen der französischen und englischen Regierung gepflogenen Briefwechsel, sowie alle die Schuldenregelungsfrage betreffenden Dokumente vorzulegen.

Damit ist die Sache vorläufig mal wieder auf die lange Bank geschoben worden. Indessen, England wird nicht locker lassen, denn es will sein Geld wiederhaben und zwar so schnell als möglich.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Maßnahmen der Regierung.

Das vom Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgesehene Programm zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sieht für mehr als 30 000 Arbeiter Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten vor. Um dieses Programm zu finanzieren, wird der Minister für öffentliche Arbeiten Barthou im Parlament Zusatzkredite beantragen, und zwar 20 Millionen Fr. für Wegebauarbeiten, 60 Millionen für die Unterhaltung der Schiffsfahrtswege und 12 Millionen für Hafenarbeiten. Die Ausgaben, die für Eisenbahnarbeiten und Neubestellungen von rollendem Material notwendig werden, sollen dadurch aufgebracht werden, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Privatgesellschaften ermächtigen würde, den Betrag der Obligationen, die sie im Jahre 1927 ausgeben würden, um 365 Millionen Fr. zu erhöhen.

Reinhold und seine Finanzpolitik.

Worum geht der Streit?

In einer Berliner Zeitung führt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in einer umfassenden Rechtfertigung seiner Finanzpolitik u. a. aus: Worum geht der Streit? Als ich im Februar 1926 die deutsche Steuerlast um eine halbe Milliarde erleichterte, hielten das die Deutschnationalen als eine Bankrottspolitik hin, die spätestens im Herbst 1926 zum Zusammenbruch der Reichsfinanzen führen und uns in eine heillose Defizitwirtschaft hineintreiben müßte. Seit das prophete Defizit nicht eingetreten ist, hat man ein neues Schlagwort gefunden:

Ich hätte nur deshalb das Budget im Gleichgewicht halten können, weil ich die angesammelten Reserven von 500 Millionen aufgebraucht hätte. Eine völlig unwahre Behauptung! Wenn sie wiederholt werden sollte, werde ich vom jetzigen Reichskabinett Befreiung von meiner amtlichen Schweigepflicht erbitten, um Maß für Maß nachzuweisen, welche Reserven ich vorgefunden habe und wie es bei meinem Ausscheiden aus dem Amte damit stand.

Für heute sei nur das gesagt: Ich habe keinen Pfennig dieser stillen Reserven zur Deckung von Ausgaben des öffentlichen Budgets benutzt. Dagegen habe ich etwas anderes getan: Ich habe die angesammelten Gelder, die nutzlos dem Kapitalmarkt entzogen waren und lediglich dem Geldmarkt in durchaus nicht immer erwünschter Weise zur Verfügung standen, wieder dem wirtschaftlichen Kapitalmarkt zugeführt: alles in Form verzinslicher und rückzahlbarer Reichsdarlehen für den Wohnungsbau, für das Investitionsprogramm der Reichsbahn, für landwirtschaftliche Kredite und andere produktive Zwecke.

Ein Interview mit Dr. Wirth.

Die Deutschnationalen und Locarno.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth gewährte dem Sonderberichterstatter des Pariser „Zoir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er seine Haltung gegenüber dem Kabinett Marx damit begründete, daß er die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung für unvereinbar mit der Verteidigung der Verfassung von Weimar ansehe. Es scheint ihm, daß ihre verspätete Zustimmung zur Verfassung verdächtig sei.

Sichtlich der auswärtigen Politik erklärte Dr. Wirth, daß er nicht glaube, daß die Deutschnationalen die Absicht hätten, sich gegen die Politik von Locarno zu wenden, vielmehr glaube er, daß der Verständigungsgehalt bei ihnen Anfang gefunden hätte. Die Deutschnationalen legten sich vollkommen Rechenschaft davon, ab, daß es für Deutschland keine andere Politik gebe. Die Deutschnationalen könnten eine Gefahr für die Freiheit in Deutschland bilden, sie seien aber keine Gefahr für die Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland.

Wirth wandte sich dann in energischer Weise gegen die Fortsetzung der Rheinlande. Ihr Fortbestehen sei ein Fehler, denn sie erhöhe die Sicherheitsansprüche Frankreichs nicht. Durch sie werde die Entwaffnung Deutschlands, die durchgeführt sei, nicht kontrolliert und außerdem beschleunige sie in keiner Weise die Durchführung des Dawes-Planes. Sie gebühre höchstens verhängnisvollen Polemiken Nahrung, niemals aber denen, die in allen Ländern eine verabscheuungswürdige Politik des Hasses und des Angriffes verfolgen. „Unser Land muß freigemacht werden“, so schloß Dr. Wirth, „wenn die deutsch-französische Verständigung eine gefestigte Realität werden soll.“

Die Wirren in China.

Zur Beschießung Schanghai.

Die Beschießung Schanghai durch ein chinesisches Kriegsschiff erregt in London größtes Aufsehen. Die Blätter melden, daß sich die Ausländer in der Hauptstraße konzentrieren. Die Engländer halten sich bereit, die Niederlassung zu verteidigen.

Der „Star“ bemerkt, angesichts der großen internationalen Flotte vor Schanghai werde jede Aktion der unbedeutenden chinesischen Flotte sofort aufgehalten werden. Die Gefahr liege darin, daß der Angriff des chinesischen Kriegsschiffes einen Konflikt in Schanghai selbst auslösen könne. Weiter wird gemeldet, daß Unruhen in dem Chinesenviertel ausgebrochen sind, das an die französische Konzeßion grenzt.

Die chinesischen Polizisten, die bisher Zuntzuanfang ergeben waren, lehnen sich auf. Erregte Menschenmengen ziehen durch die Straßen und verlegen die Behörden, die für die vielen Hinrichtungen verantwortlich sind, in Schreden. Streikposten in Peking griffen die Beschießung zweier britischer Flugschiffe an und verletzten sie leicht. Verschiedenen Matrosen wurden über Bord geworfen.

Die Zahl der Streikenden beläuft sich noch auf 100 000. Der Dienst bei der Post ist teilweise wieder aufgenommen worden. Die Schifffahrt ist lahmgelegt. Es finden noch weitere Hinrichtungen statt, doch sind sie weniger zahlreich.

Politische Tageschau.

— Ein Telegramm Hindenburgs an den Mittelstand. Aus Anlaß der öffentlichen Kundgebung von Mittelstandsgruppen in Berlin hat der Reichspräsident an den Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht ein Telegramm gesandt, in dem er dem Reichsausschuß zu seiner Tagung seine herzlichsten Grüße und zugleich seine aufrichtigen Wünsche für guten Erfolg der Beratungen entbietet. Der Reichspräsident gibt in dem Telegramm weiter dem Wunsch Ausdruck, daß die Arbeiten des Ausschusses dazu helfen möchten, den durch Krieg und Nachkriegszeit gefährdeten deutschen Mittelstand in Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft und Geistesarbeit zu kräftigen und zu stärken.

— Die konfessionelle Zusammensetzung der Reichswehr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages teilte auf eine Anfrage über die Religionszugehörigkeit der Wehrmacht Angehörigen General v. Haak mit, daß es in der Reichswehr gebe: Evangelische 76 573 Seeresangehörige, Katholiken 24 598, germanische Glaubensgemeinschaft 2, Juden 12, Dissidenten 5, Freidenker 1, ohne Bekenntnis 2, außerdem noch einige Mormonen.

— Ablehnung des Haushaltsplans in Mecklenburg-Schwerin. Bei der Schlußabstimmung über den Haushaltsplan für 1927/28 im Hauptausschuß des Landtages wurde der Haushaltsplan abgelehnt durch die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Volkslisten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten. Voraussichtlich tritt der Landtag am Dienstag, den 1. März, zusammen, um die Lage zu klären.

— Das Schankstättengesetz im Reichsrat verlagert. Die Verhandlungen des Reichsrates über das Schankstättengesetz, die gestern beginnen sollten, wurden auf den Wunsch einiger Landesregierungen bis zum März verlagert. Sie sollen nunmehr am 7. März beginnen und voraussichtlich drei Tage dauern. Bis dahin werden die Länder wahrscheinlich neue Abänderungsanträge zu dem Regierungsentwurf eingebracht haben.

— Ablehnung der Branntweinsteuererhöhung. Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats zur Beratung der Erhöhung der Branntweinsteuer hat die Vorlage behandelt und ist zu dem Entschluß gekommen, dem Hauptausschuß die Ablehnung der Branntweinsteuererhöhung zu empfehlen. Der Arbeitsausschuß für die Beratung des zweiten Teiles der Regierungsvorlage, nämlich der Ermäßigung der Zucksteuer, wird in der nächsten Woche zusammentreten.

— Das sozialdemokratische Pensionsfürsorgegesetz. Das Pensionsfürsorgegesetz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist jetzt eingegangen. Der Entwurf behandelt zunächst die Ersetzung der Privateinkommen. Ueberdies soll das Privateinkommen bei der Kürzung bleiben bis zur Höhe des Betrages, der dem Gehalt der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A 10 entspricht. Das Ruhegehalt einschließlich des Kürzungszuschlags soll um die Hälfte des Betrages gekürzt werden, um den das Privateinkommen das kürzungsfreie Privateinkommen übersteigt. Als Pensionshöchstbetrag werden in dem Entwurf 12 000 Mark jährlich festgelegt. Das Republikstättengesetz soll dahin abgeändert werden, daß im Falle der Entlassung auf Gefängnis oder Festungshaft zugleich auf Verlust der balleidenden öffentlichen Ämter, bei Militärpersonen auf Dienstentlassung, sowie den gänzlichen oder teilweisen, den dauernden oder zeitweiligen Verlust des Gehalts, Wartegeldes oder Ruhegehalts zu erkennen ist.

— Außerdienststellung des Linien Schiffes „Hannover“. Am 1. März scheidet das Linien Schiff „Hannover“ aus dem Dienst und wird durch das umgebaute Linien Schiff „Schlesien“ ersetzt. Am Sonntag wird die Mannschaft in einem Gottesdienst von dem alten Schiff Abschied nehmen.

— England und der Abrüstungsvorschlag Coolidges. Auf eine Anfrage im Unterhaus über die Beantwortung des Flottenabrüstungs vorschlags Coolidges erklärte Premierminister Baldwin, die Regierung habe sich mit den Dominionen ins Benehmen gesetzt. Sobald deren Auffassungen vorlägen, glaube er in der Lage zu sein, die Note zu beantworten und eine Erklärung im Unterhaus abzugeben.

— Die Bevölkerung der Sowjetunion. Nach den Angaben des Leiters der statistischen Zentralkommission, Ljinsti, beträgt die Einwohnerzahl der Sowjetunion 144 805 000, während das gegenwärtige Gebiet der Sowjetunion 1897 von 101 100 000 und 1914 von 135 600 000 Personen bevölkert war. Auf Sowjetrußland entfallen davon 99 670 000, d. h. 69 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion, auf die Ukraine 28 879 000 oder 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, und auf Transkaukasien 5 791 000 (4 Prozent).

— Belämpfung des Bolschewismus in England. Gelegenheit einer Rede des englischen Kriegsministers in Gloucester über das China Problem wurde die Frage an den Minister gerichtet, welche Schritte die Regierung hinsichtlich der russischen Propagandätätigkeit in England zu tun gedenke. Der Minister erklärte, daß die Regierung bestrebt sei, alles zu tun, um für verlässliche Sicherheit in dieser Beziehung zu sorgen und daß, der Regierung noch für eine kurze Frist in dieser Angelegenheit ihr Vertrauen zu gewähren. Ich kann versichern, so führte er aus, daß kein Mitglied des Kabinetts irgendwelche Schwäche oder den Wunsch belundet hat, der Sache auszuweichen.

Deutscher Reichstag.

Das Haus beschließt ohne Aussprache das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr mit Luxemburg in allen drei Richtungen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts 1928 beim

Urat des Reichsjustizministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Geyerling (Dnt.) wünscht dem neuen Justizminister, dem ersten aus dem Kreise der Deutschnationalen, erfolgreiche Arbeit an den bevorstehenden Gesetzgebungsaufgaben, und hofft, daß es ihm gelingen möge, die Rechtsprechung auch fernerhin von Politisierung freizuhalten. Wir wünschen, daß der Grundgesetzlicher Verzicht auf die Richterschaft in ein schwebendes Verfahren wieder zu seinem Recht kommt. Solange die Eherrechtsreform nur auf Erleichterung der Ehescheidung hinausläuft, stellen wir uns dagegen im Einverständnis mit unseren katholischen Freunden. Die Amnestie darf man nicht übersteigern. Wir wünschen einen Schutz der christlichen Feiertage. Der 11. August eignet sich nicht das ganze Volk und ist kein Nationalfeiertag. Aber wenigstens ein Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges sollte möglich sein. Im übrigen verlangen wir, daß die Autonomie der Länder gewahrt wird. Die Abstimmungsergebnisse des richterlichen Beratungszimmers müssen geheim bleiben. Wir treten für die Unabhängigkeit der Richter ein. Die am meisten über Massenjustiz schreien, können am wenigsten Objektivität aufbringen. (Lärm bei den Kommunisten.) Sehen Sie sich nur Herrn Höller als Richter im Untersuchungsausschuß an. Wir wünschen, daß der königliche Gedanke in der Justiz herrsche: Jedem das Seine!

Abg. Rodius (Ztr.) dankt dem Minister für die Sachlichkeit, mit der er die Vertrauenskrise behandelt hat. Aber es handelt sich hier vielmehr um eine Rechtsprechungskrise als Folge der Wirtschaftskrise. Die Aufwertungsgesetzgebung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Richter rechtzeitig den Grundgesetz „Markt gleich Markt“ ausgegeben hätten. Aber das war eben nicht möglich. Deshalb liegt in dieser Feststellung kein Vorwurf. Auch von einer politischen Vertrauenskrise kann man nach dem Kasseler Beschluß der Richter nicht mehr sprechen. Wenn die Anwendung des Hochverratsparagrafen nicht dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, muß das Gesetz geändert werden. Die Richter haben alles getan, aus der Krise herauszukommen. Deshalb gebührt ihnen ein Vertrauensvotum. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Dr. Rahl (D. Vp.) erinnert an das 50jährige Bestehen des Reichsjustizministeriums am 1. Januar. Mit Hochachtung gedenken wir der von diesem Amt geleisteten gesetzgeberischen Arbeiten und der Männer, die mit ungewöhnlicher Sachkenntnis und hingebender Pflichttreue ihrer Aemter gewaltet haben. Leider stehen den acht Staatssekretären, die in den 40 Jahren bis 1918 gewirkt haben, schon 15 verbrauchte Justizminister in acht Jahren gegenüber. Die Angriffe gegen Staatssekretär Joel persönlich bedauern wir tief. Im Anschluß hat man ihn sogar als eine Gefahr für die Republik bezeichnet. Konstruieren Sie (nach links) doch nur nicht so viele Gefahren für die Republik. Uebrigens hat Staatssekretär Joel oft genug Beweise seiner absoluten politischen Zuverlässigkeit gegeben. Das Thema von der Vertrauenskrise fängt an, langweilig zu werden. Das Justizministerium darf in die Rechtsprechung gar nicht eingreifen, und vor Verallgemeinerungen sollte man sich hüten. Die Hochverratsurteile entsprechen durchaus dem geltenden Recht. Aber der Staat kann kommunistischen Idealen gegenüber auch gar nicht auf sein Selbstbehaltungsrecht verzichten. Ich bin kein Unitarier, aber ein Uebergang der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich ist unbedingt notwendig. In Verwaltung und Gesetzgebung sind wir zu Entgegenkommen an die Länder bereit, aber die Justiz muß unbedingt vereinheitlicht werden.

Abg. Dr. Rosenberger (Komm.): Man hat uns gefragt, ob wir nicht auf den Boden der Verfassung treten wollen, dann können das Reichsgericht uns freundlich behandeln. Ein solches Versprechen können wir nicht geben, denn der ganze Vorschlag ist verfassungswidrig. Wir bleiben bei der alten.

Schließlich verläßt sich das Haus.

Aus dem Reichstagen.

Der Aelterenrat des Reichstags beschloß, die im September in Rio de Janeiro stattfindende internationale Handelskonferenz zu beschiden. Ferner wurde beschlossen, einen besonderen Untersuchungsausschuß zu gründen. In der nächsten Zeit wird die Etatsberatung im Plenum fortgesetzt und zwar in folgender Reihenfolge: Arbeitsministerium, Wirtschaftsmini-

sterium, Ernährungsministerium, Auswärtiges Amt. Der Etat soll auf jeden Fall zum verfassungsmäßigen Termin, den 1. April, fertig gestellt werden. Der Präsident beabsichtigt, erforderlichenfalls von 10-11 Uhr vormittags und 3-6 oder 7 Uhr nachmittags Sitzungen abzuhalten.

Aus aller Welt.

Die Holzarbeiterausperrung. Die Aussperrung der Holzarbeiter soll, wie der „Vorwärts“ mitteilt, in Stuttgart sofort und in den übrigen Teilen des Landes am 26. Februar beginnen und dürste etwa 1400 Arbeiter umfassen. Die Verhandlungen bei der Möbelfabrik Schötte in Stuttgart sind ergebnislos verlaufen. Lohnstreitigkeiten bei dieser Firma bilden die Ursache der Aussperrung. Verhandlungen vor dem Schlichter sind ergebnislos verlaufen.

Großfeuer. Morgens brannte in Rosenfeld (Württemberg) ein Doppelwohnhaus und ein angebautes Ökonomiegebäude ab. Die Bewohner des Wohnhauses, die im Schlaf überrascht wurden, konnten sich nur mit knapper Not retten. Der Schaden ist sehr groß.

Im Kalkofen verbrannt. Im Kalkofen des Kalkwerkes in Heidenheim wurde ein verlorener Leichnam aufgefunden. Vermutlich hat der Verunglückte sich in betrunkenem Zustande in den Ofen gelegt, wurde von den austretenden Gasen verätzt und schließlich verbrannt.

Verhaftung in der Mordsache Rosen in Thüringen. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus Hamburg a. d. S. meldet, wurde in dem benachbarten Goslar durch Breslauer Kriminalbeamte der Stallschweizer Paul Wolf festgenommen, um nach Breslau überführt zu werden. Der Festgenommene ist in die Mordsache Rosen verwickelt.

Schröders Gnadengesuch dem Justizministerium überwiesen. Wie die „Magdeburger Ztg.“ berichtet, liegt das Gnadengesuch Schröders, der am 17. September v. J. wegen Raubmordes an dem Buchhalter Helling zum Tode verurteilt worden ist, nunmehr dem Justizministerium vor. Dem Gnadengesuch sind auch die literarischen Arbeiten, die Schröder während seiner bisherigen Haft angefertigt hat, und die einen Umfang von fünf handgeschriebenen Bänden umfassen, beigelegt.

Ein Zug im Schnee stecken geblieben. Nach einer Meldung aus Königsberg i. Pr. blieb zwischen den Stationen Lehnarten und Bilsheim ein Kleinbahnzug stecken, und konnte sich auch nicht mehr rückwärts bewegen. Von der nächsten Station wurden telephonisch Schlitzen zum Abtransport der Fahrgäste herbeigerufen. Erst am nächsten Tage gelang es mit vieler Mühe, die Strecke wieder frei zu machen.

Großfeuer in einer Tiroler Gemeinde. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, brach in Tro bei Arco in der Nacht ein Feuer aus, dem zwölf Häuser zum Opfer fielen. 15 Familien sind obdachlos. Die Entstehung des Brandes ist auf einen schadhaften Kamin zurückzuführen. Der Schaden beträgt eine halbe Million Lire.

Schneeberuhungen in Lappland. Seit einigen Tagen tobt im nördlichen Lappland ein schwerer Schneesturm, so daß der Verkehr fast lahmgelegt ist. Ein Erzug, der in den Schneemassen stecken geblieben war, konnte nur nach mehrstündiger Arbeit freigemacht werden. Die Züge kommen trotz der Verminderung der Wagenzahl nur langsam vorwärts. Die Temperatur ist auf 27 Grad Kälte gesunken.

Letzte Nachrichten.

Aus dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags.

Berlin, 23. Februar. Ueber die heutige Besprechung im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags, die sich um die von sozialdemokratischer Seite aufgestellten Behauptungen über Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und gewissen Stellen der russischen Sowjetrepublik drehte, will die „Vossische Zeitung“ folgendes berichten können: Aus den Darlegungen des Staatssekretärs v. Schubert und des Reichswehrministers Dr. Gessler ergab sich, daß alle Verbindungen nach Sowjetrußland liquidiert seien, und daß es sich bei den von sozialdemokratischer Seite veröffentlichten Dokumenten lediglich um letzte Liquidationsmaßnahmen handele.

Aufhebung der noch geltenden Bestimmungen der Devisengesetzgebung.

Berlin, 23. Februar. Durch eine demnächst erscheinende Verordnung werden die noch geltenden Bestimmungen der Devisengesetzgebung aufgehoben. Es handelt sich vor allem um die Vorschriften, wonach der Handel mit Devisen besonderen staatlich zugelassenen Geldinstituten, sogenannten Devisenbanken und Wechselstuben, vorbehalten ist. Damit ist der Ankauf und die Abgabe von Devisen von den gesetzlichen Beschränkungen in jeder Richtung frei. Die deutsche Währung, zu deren Schutz die Devisengesetzgebung erlassen worden war, bedarf einer Stütze durch solche gesetzliche Vorschriften nicht mehr. Etwaigen Auswüchsen im Bankgewerbe, gegen die die aufhebenden Bestimmungen Handhabe bieten sollen, kann auf Grund des unlängst bis zum 31. Dezember 1927 verlängerten Depot- und Depositengesetzes in ausreichendem Maße entgegengetreten werden.

Zur Regelung der deutsch-englischen Vorkriegsschulden.

London, 23. Februar. Im Unterhaus fragte Runciman den Präsidenten des Handelsamtes, ob es den britischen Kaufleuten auf Grund des Versailler Vertrages möglich sei, in Deutschland den Wert solcher nach Deutschland vor dem Ausbruch des Krieges ausgeführter Güter ersetzt zu erhalten, die von der deutschen Regierung für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden; ferner ob Schritte bezw. welche unternommen worden sind, um diesen britischen Exporteuren das Recht zu sichern, Bezahlung für solche Güter zu erhalten, die auf Grund von Freibord-Kontrakten durch das englisch-deutsche Clearinghouse verkauft worden sind. Chadwick sagte in seiner Antwort, wenn die Güter Eigentum der britischen Kaufleute waren und auf deutschem Gebiet beschlagnahmt wurden, so wären letztere berechtigt gewesen, auf Grund des Artikels 297 des Versailler Vertrages durch das Ausgleichsamt Ansprüche gegen die deutsche Regierung geltend zu machen. Wenn das Eigentum auf den deutschen Warenempfänger übergegangen sei, so seien die britischen Kaufleute berechtigt gewesen, beim Ausgleichsamt auf Grund des Artikels 296 den Kaufpreis einzufordern, vorausgesetzt, daß die beiden in Betracht kommenden Parteien am Tage der Ratifizierung des Vertrages auf britischem bzw. deutschem Gebiet ansässig waren. Die für die Einbringung der Erfassungspräge vorgezeichneten Fristen seien indessen bereits abgelaufen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. Februar.

Im Preussischen Landtag wurden heute nachmittags die Bestimmungen über die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den preussischen Kultusminister und den Wohlfahrtsminister vorgenommen. Das größere politische Interesse konzentrierte sich auf die Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister, der bekanntlich wegen seiner Verordnung über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft in bezug auf die gewerblichen Räume im Landtag stark angegriffen wurde. Der Auffassung des Wohlfahrtsministers, daß diese Verordnung unbedingt am 1. April 1927 in Kraft treten müsse, hat sich, wie bereits gemeldet, das gesamte preussische Kabinett angeschlossen, so daß die vom Landtag angenommenen Änderungsanträge unberücksichtigt bleiben.

Ministerpräsident Braun

leitete die Beratung mit einer längeren Rede ein, in der er zunächst die Auffassung der Hamburger Presse zurückwies, als sei ihm durch eine Rede des Hamburger Bürgermeisters Dr. Beyerlein eine Generalabrechnung mit Preußen zuteil geworden. Die Ausführungen des Hamburger Bürgermeisters entbehrten jeder tatsächlichen Grundlage. Es ist unrichtig, daß Preußen die Ausräumung der norddeutschen Kleinstaaten erstrebt. Ich habe bereits mehrfach erklärt, führte der Minister aus, daß Preußen garnicht daran denkt, auf irgendwelche Kleinstaaten einen Druck auszuüben, um sie zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit zu veranlassen und ihren Anschluß an Preußen zu erzwingen. Indessen steht die preussische Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Länder, wenn sie sich ihre staatliche Selbstständigkeit erhalten wollen, in Zukunft nicht mehr darauf rechnen können, daß ihnen Preußen diejenigen Einrichtungen zur Verfügung stellt, die sie aus eigenen Mitteln nicht erhalten können.

Der Sternfrug.

1) Kriminal-Novelle von Adolf Streckfuß.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Das Gesicht des Ratscherrn wurde immer freundlicher. „Wenn Sie immer so groß sind,“ sagte er oft lachend, „werden Sie keine großen Geschäfte machen. Nun zeigen Sie mal Ihre Zigarren her, so ein paar Alle zur Probe möchte ich schon nehmen, wenn sie reizvoll sind. Haben Sie was Gutes in Domingo mit Cuba und Brasil-Einlage?“

Steinert öffnete bereitwillig seinen Koffer, er holte in zierlichen Kästchen mit der verlangten Probe hervor. „Rauschen Sie!“ sagte er, indem er dem Ratscherrn eine Zigarre anbot.

„Die Zigarre ist gut,“ sagte der Alte, nachdem er mit Kennermiene einige Züge getan hatte. „Der Preis?“

„12 1/2 Taler.“

„Lassen Sie handeln?“

„Ja. Es gibt Leute, die wollen und müssen handeln. Sie halte ich für vernünftiger und stelle Ihnen deshalb die äußersten Preise.“

„Na, für 12 Taler werden Sie mir wohl das Tausend lassen, wenn ich einen Posten nehme?“

Steinert klappte, ohne ein Wort zu erwidern, den Deckel der Kiste zu, holte ein anderes Kästchen aus dem Koffer und präsentierte es dem Ratscherrn. Zwei Pfund Cuba weniger als Einlage, kostet nur 11 1/2 Taler.“

„Sie sind ja ein ganz resoluter Kerl!“ rief der Alte lachend; „aber wissen Sie, Sie gefallen mir; wir werden schon Geschäfte miteinander machen. Kommen Sie mit in mein Kontorzimmerchen, da wollen wir bei einer Flasche Wein bekannt werden und Ihre Proben genauer ansehen. Hier im Gewölbe werden wir zu sehr gestört.“

Er sagte sofort selbst den Probekoffer bei dem Hausmeister an, Steinert ergriff den andern, und so

zogen sie im besten Einvernehmen nach dem Kontorzimmerchen, wo sie bald bei einer Flasche Wein saßen, Zigarren probierten und plauderten. Steinert mußte von Berlin und dem Geschäft der Herren Oldecott u. Co. erzählen, dabei teilte er dem Ratscherrn auch mit, daß seine Prinzipale ihn beauftragt hätten, sich nach den Güterpreisen in der Gegend zu erkundigen, denn auch Güterkäufe und -Verkäufe zögen die Herren W. Oldecott u. Co. in den Bereich ihrer Geschäftstätigkeit; er fügte hinzu, er habe gestern gehört, daß unter anderen Gütern in der Gegend wohl auch das Gut Gromberg zu verkaufen sei, der Besitzer, Herr von Heiwald, solle ja über den Verkauf mit einem Herrn von Scharnau in erster Unterhaltung gestanden haben.

Der Ratscherr bestätigte dies; aber er warnte zugleich auch Steinert, sich mit dem Herrn von Heiwald nicht zu tief einzulassen. Wenn er auch nicht ganz so rücksichtslos offen, wie gestern Herr Braun im halben Kaufse, den Senator und seinen Bruder des Mordes beschuldigte, sprach er doch immer noch unverhohlen genug seine Ansicht aus, daß gegen die beiden Herren außerordentlich schwerwiegende Verdächtigungen vorlägen, und daß es daher geraten sei, sich von ihnen fernzuhalten.

Steinert, der sich für die merkwürdigen Schauer-geschichten außerordentlich interessierte, hörte noch einmal eine genaue Erzählung aller Details von dem Verschwinden des Polen Saworski an bis auf die letzten Ereignisse. Er fand die Erzählung des alten Hildebrand ganz übereinstimmend mit der des Herrn Braun, nur daß letzterer überall mit einer vielleicht unbewußten Parteilichkeit jeden Umstand, der einen Verdacht gegen die Gebrüder Heiwald begründen konnte, besonders hervorgehoben hatte, während Hildebrand sich ganz objektiv verhielt, ja sogar mehrfach aus sprach, es sei doch eigentlich freventlich, auf solche Verdachtsgründe hin den Ruf von zwei bisher geachteten Männern völlig zu vernichten, wie dies in Beutlingen geschehen sei, denn dort wolle niemand mehr mit den Gebrüdern Heiwald anders, als wenn die Geschäfte es notwendig erforderten, verkehren. Auch der ganze Adel der Umgegend habe sich gänzlich von Herrn von Heiwald zurückgezogen, so daß dieser gewiß

fermaßen ein Einsiedlerleben führen müsse. Allerdings seien die vorliegenden Verdachtsgründe schwer, und sie müßten zur Vorsicht im Verkehr mit den beiden Herren auffordern; aber sie könnten doch unmöglich genügen, um diese ohne weiteres als Mörder zu verurteilen.

Die tatsächlichen Mitteilungen, welche Hildebrand über die beiden Brüder machte, enthielten wenig Neues für Steinert, nur eins interessierte ihn: daß Herr von Heiwald vor zwei Tagen nach Beidenhagen gekommen sei, um dem Hildebrand eine Hypothek von 10 000 Talern, welche dieser auf Gromberg besaß, zu kündigen; er hatte sich zugleich erboten, das Geld, wenn sein Gläubiger es wünsche, schon vor dem gesetzlichen Zahlungstage zu beschaffen, ja, es auf Verlangen nach acht-tägiger Anmeldung auszuhändigen. Dies sei zwar — so meinte der alte Hildebrand — ein neuer Verdachtsgrund, aber man müsse gerechterweise erwägen, daß Herr von Heiwald in den letzten Jahren vortreffliche Ernten gehabt, und daß er das Gut Gromberg durch verständige Bewirtschaftung auf eine hohe Kulturstufe gebracht habe. Gerade weil Herr von Heiwald in dem ersten Jahrzehnt seines Besitzes mit einem vieldeutigen zu großen landwirtschaftlichen Eifer jeden gewonnenen Taler zu neuen Verbesserungen der Wirtschaft verwendet habe, sei er anfangs natürlich in Schulden geraten, jetzt aber komme der Segen nach. Das Gut genähre überraschend reiche Erträge, aus denen allein könne der stets sehr zurückgezogen lebende Mann sehr wohl nach und nach die Hypotheken zurückzahlen, welche er früher aufzunehmen gezwungen gewesen sei.

Der Ratscherr Hildebrand war bei der Unterhaltung recht aufgeräumt und vertraulich geworden; er gab dem Reisenden, der ihm durch sein offenes, gerades Wesen besonders gefiel, manchen Rat, wie er sich in Beutlingen und den anderen benachbarten Städten zu benehmen habe, an welche Firmen er sich vertrauensvoll wenden, wie hoch er Kredit geben könne.

(Fortsetzung folgt.)

Abrechnung der Mißtrauensvoten.

Bei der Abstimmung lehnte das Haus das von den Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister Hirtjes wegen seiner Verordnung über die Freigabe gewerblicher Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft eingebrachte Mißtrauensvotum mit 24 gegen 47 Stimmen der Kommunisten und Völkischen ab.

In einer gleich darauf folgenden Abstimmung lehnte der Landtag das gegen Kultusminister Dr. Becker wegen seiner Haltung in der Konfessionsfrage eingebrachte Mißtrauensvotum mit 210 gegen 194 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Völkischen und Kommunisten ab.

Ferngespräch Deutschland — Amerika.

Vorzügliche Verständigung.

Vor einigen Tagen sprach eine Beamtin des Frankfurter Fernsprechamtes in zwei aufeinanderfolgenden Nächten telephonisch mit den Beamten des New Yorker Fernsprechamtes. Diese Verbindung — die erste einer deutschen Stadt mit Amerika — wurde über das Telephonlabel Frankfurt—London geleitet und dort von dem englischen Amtsfunktionär übertragen. Die Verständigung war vorzüglich.

Mit fast unheimlichen Riesenschritten schreitet die Technik voran. Es ist heute gerade ein halbes Jahr her, daß der regelmäßige Telephonverkehr zwischen London einerseits und den deutschen Städten Berlin, Köln, Bremen, Düsseldorf und Frankfurt als Wunder der Fernsprechtechnik angestaunt wurde. Und die Sensation des drahtlosen Fernsprechverkehrs zwischen London und New York zählt gar erst nach Wochen. Und schon kommt die Nachricht aus Frankfurt und London, daß es vollkommen geklärt ist, die Drahtlosverbindungen zwischen den deutschen Plätzen und London an den drahtlosen Ueberseefernsprechverkehr nach den U. S. A. anzuschließen.

Nicht nur der Laie staunt bei dieser unerhörten Nachricht, auch für unsere amtlichen Stellen waren die beiden ausgezeichneten gelungenen Gespräche zwischen der Dame vom Amt und ihrem New Yorker Kollegen

eine vollkommene Überraschung.

wenn auch unsere amtlichen Fernsprechtechniker behaupten, daß diese Verbindungen technisch nichts Neues seien. Das Ueberraschende war nur die englisch-amerikanische Initiative der raschen Verwirklichung eines solchen Versuchs. Der drahtlose Fernsprechverkehr zwischen London und New York ist schon seit langer Zeit im Gange, d. h. in der Praxis wird seitens der Öffentlichkeit nicht viel Gebrauch davon gemacht. 300 M. (15 Pfund) für drei Minuten und 100 M. für jede weitere Minute sind Gebühren, die kein Wirtschaftszweig tragen kann, zumal die

Gespräche zwischen einem schlafenden und einem wachenden Erdteil

geführt werden. Die Gesprächsgebühr von Frankfurt, Berlin, Köln, Hamburg, Bremen, Düsseldorf nach London ist mit zirka 10 Mark im Verhältnis so minimal, daß sie gegenstandslos wird. Man kann es nachempfinden, wenn die Frankfurter Postbeamtin, die als geborene Londonerin fließend Englisch spricht, es kaum glauben konnte, daß sie zweimal mit einem New Yorker Kollegen sich mündlich unterhalten hat; aber das Londoner Fernsprechpersonal, das diese weltbewegende erste Unterhaltung zwischen Deutschland und Amerika mit anhörte, bestätigt die ausgezeichnete Verständigung.

*

Kein Telephonverkehr Deutschland-Amerika.

Zu dem gegliederten Versuch von privater Seite, die erste telephonische Verbindung Frankfurt a. M.—New York über das Telephonlabel Frankfurt—London und den englischen Amtsfunktionär herzustellen, erfährt eine Korrespondenz, daß die Reichspost zwar von der technischen Durchführbarkeit solcher Gespräche überzeugt ist, aber ihre allgemeine Einführung infolge der riesigen Kosten für unmöglich hielt, insbesondere da die Stabellösungen noch mit besonderen Dämpfungseinrichtungen versehen werden müßten. Bei einer Fühlungnahme mit maßgebenden Interessentenkreisen ist ferner festgestellt worden, daß die Errichtung einer eigenen Großstation für den direkten Telephonverkehr mit Amerika zurzeit nicht in Frage kommt, da ein derartiger Sender auch nicht entfernt voll beschäftigt werden könnte.



Die Hausangestellte Marie Dragdorf

in Meeran (Sachsen), der von ihrem in Amerika verstorbenen Vater ein Vermögen von 20 Millionen Mark testamentarisch vermacht wurde. — Wie neuerdings berichtet wird, will die Mutter der Hausangestellten das Testament anfechten, so daß also Marie Dragdorf um ihre Millionen mit der eigenen Mutter vor Gericht kämpfen müssen.

Drei Todesopfer im Schwesternheim.

Zur Explosion in Gießen.

Zu dem Unglück, das sich durch eine Aetherexplosion im evangelischen Schwesternheim in Gießen ereignet hat, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die Explosion entstand dadurch, daß zwei Schwestern — nicht acht, wie ursprünglich gemeldet —, die in einem Kellerraum Aether abgefüllt hatten, den Aetherballon, als sie ihn bei dem Bugelraum vorbeistrichen, fallen ließen. Die Dämpfe drangen in das geheizte Bügelzimmer und entzündeten sich dort. Drei Schwestern, und zwar Liesel Gaehtgen aus Mainz,

Leiden Brandau aus Klein-Zenbach und die Aushilfsschwester Frieda Steinbach aus Oberseemern erlitten den Verbrennungstod, während die anderen mit leichten Brandwunden davonkamen. Der Betrieb des Krankenhauses wird nicht gestört, da die Unfallstelle am äußeren westlichen Flügel des Gebäudes liegt.

Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft.

Die Hirtjes-Verordnung bleibt bestehen.

Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich mit der Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft in bezug auf die gewerblichen Räume, und kam zu dem Beschluß, daß es aus den vom Wohlfahrtsminister angeführten Rechtsgründen nicht angängig sei, die Inkraftsetzung der Verordnung entsprechend dem Beschluß des Landtags hinauszuschieben. Auf die Reichsregierung soll aber, wie das Nachrichtenbüro weiter hört, dahin eingewirkt werden, bei Aenderung des Mieterschutzgesetzes die obligatorischen Zwangsstellen zum Schutze der Mieter einzuarbeiten. Außerdem wurde der Justizminister beauftragt, die Staatsanwälte anzuweisen, allen Fällen von Mietwucher bei der Aufrechterhaltung der Ladenniete ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Lokales.

Gedenktage für den 25. Februar.

1634 Moritz v. Wallenstein in Eger ermordet (* 1583). — 1713 König Friedrich I. von Preußen (* 1657). — 1848 * Wilhelm II., ehem. König von Württemberg, in Stuttgart († 1921). — 1856 * der Geschichtsforscher Karl Lamprecht in Jena bei Weimern (* 1915). — 1911 † der Maler Fritz v. Uhde in München (* 1848). — 1916 Die Deutschen erobern Donaumünster bei Verdun. — 1918 Befreiung von Neval durch die Deutschen.

Kurzer Wintereinbruch.

Mit einer Kältewelle und heftigem Schneefall hatte der Winter einen recht ernst gemeinten Einfall unternommen und die Natur in ein tief winterliches Kleid gehüllt. Die Schneefälle sind regional sehr ausgebreitet. Besonders im Westen des Reiches war starker Schneefall, der sogar Verkehrsstörungen herbeiführte.

„Strenge Herren regieren nicht lange!“ sagt das Sprichwort tröstlich, und so war es auch diesmal. Denn schon ist Tauwetter eingetreten.

Daß diese rasch wechselnde Witterung übermäßig gesund wäre, läßt sich freilich nicht behaupten.

*

Wettervorhersage für Freitag, den 25. Februar: Veränderlich, etwas wärmer.

Warnung vor einem Hochstapler. In einer Anzahl Universitätsstädten ist der Kaufmann Karl Trimborn, geboren am 17. 1. 1901, aufgetreten und versucht in besseren Kreisen minderwertige Ehrenschnitte, angeblich eigene Handarbeit, zu verhältnismäßig hohen Preisen abzusetzen. Er gab sich als Student aus und erklärte, daß er sein Studium aus dem Erlös der Bilder bestreiten würde. Durch sein bescheidenes, gewandtes Auftreten gelang ihm der Absatz und die Erlangung von Empfehlungsschreiben prominenter Persönlichkeiten. Trimborn ist ein vorbestrafter Betrüger, vor dem gewarnt wird.

Eine Statistik der landwirtschaftlichen Verschuldung. Auf Wunsch des landwirtschaftlichen Unterausschusses des Enqueteausschusses hat die Betriebsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat die Durchführung einer Verschuldungsstatistik an Hand der Ergebnisse von mehreren tausend Einzelbetriebe übernommen. Diese Verschuldungsstatistik des Enqueteausschusses ist als Zusammenfassung zu der großen Betriebsstatistik des Enqueteausschusses zu betrachten. Während man bei der Betriebsstatistik mit der allgemeinen Erledigung bis Ende März rechnet, dürfte die Verschuldungsstatistik, die ja auch erst viel später in Angriff genommen worden ist, noch etwas längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Verschuldungsstatistik kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Deshalb hat der Landwirtschaftsrat die Durchführung auch übernommen, obwohl daraus umfangreiche Aufwendungen entstehen, die auf den Mitteln des Enqueteausschusses nicht annähernd gedeckt werden. Die anderen noch unerledigten Erhebungen des landwirtschaftlichen Unterausschusses der Enquete sind nach der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ noch in der Schwebe. Um sie überhaupt zur Durchführung bringen zu können, dürften wohl noch einige Änderungen erforderlich sein.

Bauernfänger auf der Reichsbahn. In Frankfurt a. M. wurden vor einigen Tagen zwei Bauernfänger, die das bekannte Betrugs spiel „Himmelsblättchen“ tätigten, festgenommen. Diese Betrüger haben in letzter Zeit ihr Betätigungsfeld auf die Reichsbahn verlegt. Sie bereisen vorwiegend vom Publikum stark benutzte Fernstrecken, um ihrem gemeingefährlichen Gewerbe nachzugehen. Für Reisende ist es wichtig, die Tricks dieser Gauner zu wissen. Die Sache vollzieht sich ganz unauffällig, indem in ein Abteil zwei anscheinend ganz unbekannte Herren einsteigen. Auf der Fahrt beginnt nun einer das Spiel entweder mit seinem Komplizen oder, wenn es gelingt, gleich mit einem Mitreisenden, dem sich dann später der Komplize anschließt. Bekanntlich muß bei dem Spiel eine Karte von dem Mitspieler erraten werden. Anfanglich vollzieht nun der Gauner das Wischen der Karten so, daß das ausgereichte Opfer gewinnt. Auch bei eingetretenen Verlusten läßt man ihn, sobald er nutzlos wird, wieder gewinnen, bis man ihm ein schönes Stück Geld abgejagt hat. Reisende, die solche Vorfälle in den Zügen beobachten, sollten die nächste Gelegenheit wahrnehmen, diese der Polizei zu übergeben.

Siedlungskredite. Die Nassauische Landesbank in Wiesbaden hat 1 Million Mark zur Ausgabe billiger Siedlungskredite zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen an Söhne von nassauischen Bauern, die die Pöschel haben, sich im Osten anzusiedeln, gegen hypothekarische Sicherstellung verteilt werden. Als Höchstbetrag ist von der Landesbank ein Betrag von 10 000 M. festgesetzt. Bisher sind etwa 20 Anträge gestellt, sodaß jezt schon mit einer Kreditanspruchnahme von 200 000 Mark gerechnet werden kann. Im Interesse weiterer Förderung hat sich die Landesbank bereit erklärt, im Bedarfsfalle den ursprünglich bereitgestellten Betrag von 1 Million Mark zu erhöhen.

Friedrichsdorf. Am kommenden Sonntag hält die Freie Sport-Vereinigung Friedrichsdorf ihr diesjähriges Winter-Vergnügen ab. Ein sehr schönes Programm bietet die Gewähr für gute Unterhaltung. An-

schließend wird man sich bei Tanz, Tombola und sonstigen Ueberraschungen noch gemächlich beisammen finden. Jedenfalls dürfte ein Besuch der Veranstaltung sehr zu empfehlen sein. Beginn abends 8 Uhr im „Löwen“.

Mahnruß!

Was rennet Ihr und jaget Ihr und stürmt ohn' [Unterlaß?] Von einem Vergnügen ins andere und ireibt dori [Euren Spah?] Habt Ihr in der Woche nicht einmal Zeit, ernstlich [nachzudenken] Und wollt Ihr Eure Schrittle nicht auf sichres Land [hinlenken?]

Soll's weiter so geh'n in Saus und Braus, Gleichviel wie verläuft einl das Ende, Macht Ihr Euch denn gar nichts draus, Wenn halt Segen nur Schmach Euch fände? Gibl denn der Ernst der Zeit nicht Grund genug [zu merken,

Daß Golt uns etwas sagen will und seine Kinder [stärken;]

Damit sie in der Drangsalszeit Die bald herein wird brechen Glaubenslark sind und stets bereit:

„Wie du willst, Herr,“ zu sprechen. Warnend ruft Er allen zu: die Gnadenzeit ist kurz [noch]

Kette sich, wer sich retten will, und nehme auf sich [Mein Joch!]

Wer mir folgt nach und sich nicht scheut, auch Zeug- [nis abzulegen]

Dem wird zuteil, Lohn, tausendfach, und ohne Maag [der Segen.]

Drum auf, Ihr Lieben, jauchzet ihm zu, dem Herren [aller Herrn]

Und bringet ihm Eure Sündenlast, die Er vergibt [Euch gern. Mariä.]

Zum 5 Uhr Tee. Soeben erscheint der 8. Band der populären Operellen- und Tanzschlagerammlung. In allgewohnter glänzender Ausstattung, mit äußerst wirkungsvollem, künstlerischen mehrfarbigen Umschlag, wird der neue Band den Erwartungen des Klavierspielers, Singenden und langenden Publikums gerecht werden. Zum übrigen Erfolg wird der hervorragende Inhalt von 20 der zur Zeit größten Operellen- und Tanzschlager für Klavier mit vollständigen Texten aus der Feder bewährtester Komponisten beitragen. Aus dem Inhalt seien erwähnt: Wenn du mich sitzen läßt, fahr' ich sofort nach Budapest und zwei Märchenaugen beide aus der Operette. Die Zirkusprinzessin von Ralman — Das Lied vom Angeln — Barcelona — Annemie aus der Revue An und Aus — Lucky Hours — Bleib da mich — aus der Revue Der Zug nach dem Westen — Parlez-vous francais? — Wo steckt die Melarie seit gestern Nacht? [I wonder where my Baby is lo night] Deinah [Dinah] — Heimweh [Always] — Wer hat bloß den Käse zum Bahnhof gerollt und 8 weitere große Schlager. [Verlag Anton J. Benjamin, Leipzig, Lützowweg 20] Preis 4.— Mk. Bestellungen nimmt entgegen: Musikhaushaus P. Grünher, Luisenstraße.

Rundfunk.

Freitag, 25. Februar, 3.30: Dir. A. Menne: „Vom Schneiderlehrling zum Kommissionsrat“. Für Kinder vom 12. Jahre ab. 4.30: Hausfrauen-Nachmittag, veranstaltet. 5.45: Aus „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“. Sprache in: Marg. Wolf. 6.15: Wilhelm Kircher: „Pellalozzi und die neuzeitliche ländliche Berufsschule“. Wilt. Kircher. 6.45: Stunde des Südwestdeutschen Radio-Clubs. 7.15: Georg Abrahamsohn: „Die Aufgaben der Betriebsräte“. 7.45: Ina Randerwig: Zwanzig Minuten Fortschritt in Wissenschaft und Technik. 8.15: „Me hislophes“ Ausgewählte Szenen aus der Oper nach Goethe nach Arrigo Boito, Pers. Die Stimme des Herrn; Mephislophes: Jean Stern; Gault: Sohn Gläher; Margarethe: Elisabeth Friedrich; Panthalis: Betty Mergler; Reihenfolge der Szenen: Prolog im Himmel; Mathes Garten; Einl.: Mephislophes' Credo: Kerker; Klassische Walpurgisnacht.

Δ Wiesbaden. (Reisebesuche der Wiesbader Kurhausmaskenbälle.) Seitdem sich Wiesbaden eines weltberühmten Kurhauses erfreut, stehen seine Räume alljährlich auch Prinz Karneval zur Verfügung. Die Wiesbader Kurhausmaskenbälle waren jederzeit beliebt. Schien doch nicht schon in den Jahren der Freiheitskriege und des Wiener Kongresses (1813/1815) nach alten Kurberichten faszinierende Herrschaften vor den Beschwerden einer langen Reise zurück und kletterten in die hohe Turn- und Taxische Postkutsche mit dem „Schwager“ auf dem Bod, nur um an diesen Bällen teilnehmen zu können. So ausgelassen, wie es früher auch im Kurhaus manchmal zugegangen sein mag, beliebt wie heute sind die Maskenbälle wohl niemals gewesen. Brachte es schon der zweite am 5. Februar auf über 4000 Besucher, so soll nach zuverlässiger Schätzung der dritte Maskenball am Samstag von nicht weniger als 7000 Personen besucht worden sein.

Δ Ober-Ingelheim. (Die Gasversorgung Ober-Ingelheim's.) Nachdem die Gemeinde mit dem Gaswerk in Mainz einen Vertrag abgeschlossen hat, nachdem dieses Ober-Ingelheim mit Gas versorgt, hat nun die Gas- und Kraftwerke A.-G. Berlin (Bamag) die Gasverteilung innerhalb der Gemeinde in Pacht übernommen. Die Verteilungsanlagen bleiben Eigentum der Gemeinde, werden jedoch der Pächterin, die für die Gemeinde auch in den Vertrag mit der Stadt Mainz eintritt, zur Benutzung übergeben. Die Gaspreise sind gestaffelt und schwanken je nach Verbrauch zwischen 22 und 15 Pfennig für den Kubikmeter.

Δ Mainz. (Tödlicher Unfall.) In Mainz-Rastel wollte ein in einer Holzhandlung beschäftigter Arbeiter über einen vier Meter hohen Steg gehen. Dieser brach plötzlich zusammen, und der Mann stürzte aufs Straßenpflaster, wo er bewegungslos liegen blieb. Im städtischen Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 25. Februar 1927, nachm. 3 Uhr
versteigere ich im Saalbau Amuschka, Vorstadt in Ober-
ursel a. Ts. meistbietend gegen Barzahlung:

**54 Paar Damenschuhe der
verschiedensten Größen**

Die Versteigerung findet ganz bestimmt statt.

O o s, Obergerichtsvollzieher
in Bad Homburg v. d. S.,
Saalburgstraße 4

Bekanntmachung.

Karnevalistische Veranstaltung.

Es wird darauf hingewiesen, daß karnevalistische
Veranstaltungen jeder Art, Umzüge und dergl. unter
freiem Himmel auch in diesem Jahre verboten sind.

Hierzu gehört auch das Erscheinen von Einzelpersonen
in Maskenkostümen. Ferner ist das Werfen mit
Konfetti, Luftschlangen und das Schlagen mit Prillschen
unterlag.

Zu widerhandlungen werden bestraft.

Bad Homburg v. d. S., den 22. Februar 1927,

Polizei-Verwaltung.



Es ist unumstößliche
Wahrheit, daß man
bei

Schulberg

Sch. Meier

Schulstraße 8

seinen Bedarf in
Lebensmitteln
gut und preiswert
eindecken kann.

Ein Versuch lohnt sich

Fr. A. Zeuner

Maschinenstrickerei

Haingasse 3

Telefon 726

Strick- und Wollwaren

Kurz- und Weißwaren

(414)



Fein- und Hohlschleiferei

Erstes Spezialgeschäft mit elektr. Betrieb empfiehlt sich im Schleifen
und in Reparaturen jeder Art Messern und Scheren

Spezialität: Hohlschleifen von Rasiermessern, Pferde-
schafe- und Hundschneldmaschinen, Restaurant-, Tische- und Auf-
schnittmesser, Wolf- u. Blitzmesser aller Art, werden fachm. ausgeführt

KARL WALTER

Ältestes Spezialgeschäft am Platze • Luisenstr. 26

Sämtliche Gegenstände werden kostenlos abgeholt und zurückgeliefert

Achtung

Lassen Sie sich nicht betören!

Bringen Sie Ihre Schuhe zum **Sohlen u. Repa-
rieren** zu uns. Schnelle, gute Bedienung, Abholung.
Herrensohlen 3.50 Mk. an Damensohlen 2.40 Mk. an
Herrenabfälle 1.10 Mk. an Damenabfälle 0.80 Mk. an
im Algo-Kleberverfahren neuzeitlich eingerichtet, für die
feinsten Schuhe. Die Zufriedenheit und Zunahme unserer
Kunden bürgt für die Qualität unseres Materials

435) **Tausch-Schuhinstandsetzungs-Anstalt**

Elisabethenstr. 41. Telefon 983. Audenstr. 10.

Verantwortlich für den politischen, Handels- und so-
zialen Teil Kurt Böcke, für Inserate Christof Dicken-
scheid beide in Homburg.

Achtung

Täglich frisch ein-
treffende Sendungen

Offerierte

**la Tafelbutter
Pfund 2.—**

**la frische
Landbutter
zum billigsten
Tagespreis
la vollfrische
Eier**

15 Pf. pro Stck.

sowie alle Sorten

Käse

Ferd. Vipp

Telef. 1109 Obweg. 3

428

**Morgen und
nächste Tage**

billiger

Fischverkauf

Gr. Heringe p. Pfd. 20 Pfg.
Bratschellf. p. Pfd. 30 Pfg.
Cabliau o. K. p. Pfd. 25 Pfg.
Seelachs i. A. p. Pfd. 35 Pfg.
Goldbarsch o. K. Pfd. 35 Pfd.
Vollfettbückl. Pfd. 40 Pfg.

W. Lautenschläger

Waisenhausplatz (437)

Telefon 404.



Achtung

Prima fettes

Pferdefleisch

sowie alle Sorten Wurst-
waren zu den billigsten
438) Tagespreisen

Eckhardt Hardt

Pferdeschlächtere

Töpferweg 1

Für den Winter:

Gummi-Wärmflaschen

Wärmkrüge

Elektr. Heizkissen (216)

Böhms Leibwärmer

Carl Ott & Co. m. b. H.

Homburger Kaufhaus für Lebensmittel

Ulrich's Fettwaren

Tafelmargarine

Kohlschl. blütenweiß

Schmalz, rein amerlk.

p. Pfd. 0.65 0.76

p. Pfd. 0.56

p. Pfd. 0.82

Ulrich's Marmeladen

Zweifchen Salweg

Apfel-Gelee

Johannisbeer-Gelee

Aprikosen-Confituren

p. Pfd. 0.52

p. Pfd. 0.58

p. Pfd. 0.76

p. Pfd. 0.70

Ulrich's Öle

Salatöl la

Tafelöl feines

Tafelöl extra

p. Pfd. 0.90

p. Pfd. 1.20

p. Pfd. 1.50

Ulrich's Mehl

Reppelmehl, allerfeinstes

Blütenmehl, feinstes

Blütenmehl 0

p. Pfd. 0.30

p. Pfd. 0.27

p. Pfd. 0.23

Ulrich's Eier

Stedeeler, extra große

Stedeeler, mittel

10 Stck. 1.60 1.48

10 Stck. 1.28 1.08

Ulrich's Sonder-Angebot!

3 Doppelfisch Kernseife 45 Pfg.

3 Pack. Zündhölzer 62 Pfg.

Ulrich's Serringe

Vollheringe, Holländer

Vollheringe, norwegische

Marinaden, feinste

3 Stck. 0.29

3 Stck. 0.25

1 Pz. Dose 0.80

Ulrich's Käse

Emmentalerkäse, feinstler

Edamerkäse, vollfett

Goudakäse, vollfett

Chesterkäse, vollfett

p. Pfd. 1.80

p. Pfd. 1.40

p. Pfd. 1.50

p. Pfd. 2.—

Ulrich's Wurstwaren

Blutwurst, geräuchert

Leberwurst la

Plochwurst Hollf.

Cervelatwurst Hollf.

p. Pfd. 0.85 1.20

p. Pfd. 0.85 1.10

p. Pfd. 1.80

p. Pfd. 2.—

Ulrich's Kaffee

Stets frisch gebrannt p. Pfd.

4.60 4.— 3.60 2.60

Georg Ulrich

Bad Homburg Luisenstr. 33

Telef. 1081

Achtung!

Großer Preisabschlag

nur Kasernenstraße 2 nur

Laden

Prima fettes Pferdefleisch p. Pfd. nur 30 Pfg.

Hackfleisch " ohne Knochen " " " 40 "

Fleischwurst " " " 40 "

Würstchen " " " 50 "

sowie: Prima Preßkopf, Cervelatwurst, Schinkenwurst,

Mettwurst, Rauchfleisch zu den billigsten Preisen

Alle Wurstwaren sind mit Schweinefleisch stark verbessert

Großschlächtere Hugo Kehler

Wiesbaden

Filialen:

Homburg, Kasernenstraße 2

Frankfurt a. M., Neugasse 30

Achtung!

**Evangelisations-
Vorträge**

Elisabethenstr. 19a

Heute

Ordensabzeichen

mit Titelverleihung

Beginn 8.15 Uhr

Übler Mundgeruch

entstellen das schönste Antlitz. Welche Schönheitsfehler werden oft schon durch
einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont** be-
seitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen
Glanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung
der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste**
mit gezähntem Vorderteil. Faulende Speisereste in den Zah-
nzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich
beseitigt. Verwenden Sie es zunächst mit einer kleinen Tube
zu 60 Pfg. **Chlorodont-Zahnpaste** für Kinder 70 Pfg., für Damen
1.25 (weiße Borsten), für Herren 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-
grüner Originalpackung mit der Aufschrift: **Chlorodont**. Überall zu haben.